

Die Stimme

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Bezugspreis der „Stimme“ beträgt für In- u. Auslands-
besteller 1 Goldmark monatlich
Redakt., Exped. u. Verl.: Charlottenburg, Drabest. (Neubau).
• Fernrufnummern: Berlin Amt Wilhelm 4952 und 4849. •

Immer strebe zum Ganzen und laß dich nicht vom Ganzen werden
••••• Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes dich an •••••

Inserate: Die 6spalt. Textzeile wird mit 0,20 Goldmark für
Geschäfts- und mit 0,10 Goldmark für Arbeitsmarktanzeigen
berechnet. Für arbeitssuchende Mitgl. ist der Arbeitsmarkt frei.
Postcheckkonto: 9308 Berlin, W. Herden, Charlottenburg.

Sam 9. November.

Dier Jahre Schmutz und Blut und Rot und Tod
Und dann dieser Tag,
Der wie ein flammendes Scheit
Von Ewigkeit zu Ewigkeit
Im Dunkel der Zeiten auflieht.

O dieser Tag,
An dem wir die Ketten der Fron
Und die mörderischen Gewehre zerbrachen
Und hinter stürzenden Tronen und rollenden Kronen
Es lebe die völkerebefreiende Revolution! [hersprachen:

O dieser Tag,
Da in den Augen der Elenden, Armen, Verdammten
Zum Gruß an die Welt, daß die Arbeit nun frei,
Daß die Zeiten der Knechtschaft endlich vorbei,
Die Feuer der Freiheit und Freude aufflammten.

O dieser Tag,
Der herrlich und strahlend einst wird erstehen,
Da geeinigt das Volk seine Ketten zerbricht,
Da die Fahnen der Arbeit im Morgenwind wehen:
Es lebe der Freiheit ewiges Licht!

Erich Grisar.

O dieser Tag!
Und dann diese schmerzvollen, endlosen Jahre,
Brüder der Arbeit standen im Streit,
Die der herrlichste Kampf auf der Erde entzweit:
Der Kampf um die Freiheit, das Gute und Wahre.

O diese Schmach
Der Jahre, in denen die tückische Meute
Der Feiglinge, die wir einst hohnlächelnd verjagt,
Uns wieder entrißen die kostbare Beute,
Von der nur ein Rest die Zeit überträgt.

Wann wird's wieder Tag?
Wann schließt sich zum Bunde
Das Volk, das nach Freiheit und Frieden sich sehnt?
Wann schlägt für jene die letzte Stunde,
Die feige das Wollen des Volkes verhöhnt?

Was bedeuten die Reichstags- wahlen für die Wirtschafts- und Sozialpolitik?

Große außen- und innenpolitische Entscheidungen hängen vom Ausgang der Wahlen ab. Außenpolitisch geht es um die friedliche Lösung der Reparationsfrage, innenpolitisch um die Republik. Die überragende Bedeutung des Wahlausganges am Scheidewege der deutschen Politik zwischen Krieg oder Frieden, Monarchie oder Republik darf aber nicht die ungeheure Wichtigkeit der wirtschaftlichen und sozialen Entscheidungen verbunkeln. Je größer die Notlage des Landes, um so mehr fühlen die einzelnen Volksklassen die Eingriffe des Staates, um so wichtiger ist es, wie diese ausfallen. Auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und sozialen Lebens stehen grundlegende Änderungen bevor, deren Richtung vielfach vom Ausgang der Wahlen bestimmt sein wird.

Für die Produktions- und Preispolitik heißt es: Soll das Monopolkapital, sollen die Trusts und Kartelle unbehindert und ohne Kontrolle schalten und walten? Ein gewaltiger Zug zur Kartellierung hat schon neu begonnen, neue Kartelle in der Schwerindustrie, in der chemischen und der Textilindustrie sind im Entstehen begriffen. Ihr Zweck ist: gegenseitige Produktions einschränkung und Ausschaltung der Preis Konkurrenz. Soll das Monopolkapital die Preise willkürlich diktiert? Soll die Kartellierung nach Belieben durchzuführen? Die Rechtsparteien als Vertreter des Kapitals werden dies nicht hindern. Zur Verbilligung der Lebenshaltung sind unter anderem Förderung der Einfuhr lebensnotwendiger Waren mit staatlicher Unterstützung, Förderung der Genossenschaften und gemeinwirtschaftlicher Anstalten jeglicher Art nötig — welche Partei vertritt denn diese Forderungen? In enger Verbindung mit der Produktionspolitik kommt es bei der Handelspolitik darauf an, ob sie die Lebenshaltung im Inland und die Ausfuhr am Weltmarkt zu erleichtern vermag. Die Agrarpolitik würden diese Hoffnungen zertrümmern, und nicht weniger die hohen Industriezölle. Sie würden die Lebenshaltungskosten erhöhen, die Volksgesundheit untergraben, die Produktionskosten steigern und das Ausland zu Gegenmaßnahmen veranlassen, die der deutschen Ausfuhr abträglich sind. Sie gefährden den wirtschaftlichen Frieden und die Zusammenarbeit der Völker. Eine Rechtregierung würde aber den Hochschußzoll einführen — sie würde den Interessen der Volksgemeinschaft und der Volkswirtschaft die einzelner mächtiger Gruppen vorziehen.

Im Geld- und Kreditwesen tut die Verhütung der Inflation und der Abbau der enormen Bankzinsen not. Wird die Leitung der Reichsbank gegen die einseitigen landwirtschaftlichen Ansprüchen weiter festhalten? Die Regierung der Deutschen Nationalen würde versuchen, die Reichsbank zu einer gefährlichen Inflation zugunsten des Großgrundbesitzes zu treiben. Der Staat könnte auf mannigfache Weise — durch Einschränkung auf die Reichsbank, durch Steuerpolitik und schließlich mit noch energiegelicheren Mitteln — die Banken zur Verfolgung einer vernünftigen Finanzpolitik zwingen. Welche Parteien werden sich dieser Aufgabe unterziehen? Die Auswertungsfraße ist noch ungelöst; wer soll die Vorteile der Aufwertung haben: der Kleinrentner oder die Reichen? Die bürgerlichen Parteien möchten sie den Starben, die Sozialdemokraten den Schwachen zuschanzen.

In der Finanzpolitik harret das Problem der Lastenverteilung der Lösung. Die Steuererhebung ist für die Produktions- und Konsumpolitik von der größten Bedeutung. Vom Ausgang der Wahlen hängt es ab, ob das gegenwärtige ungerechte Steuersystem, das die Staatsentkommen überwiegend aus Verbrauchs-, Verkehrs- und Lohnsteuern aufbringt, beibehalten, ja zum Schaden der Bevölkerung verschärft wird, oder ob es einem anderen, das die großen Profite, das Vermögen, die Erbschaft, den Wertzuwachs des Bodens, die Grundrente zur Steuerleistung heranzieht, Platz machen soll.

Die Richtung der künftigen Sozialpolitik wird von den kommenden Wahlen entscheidend beeinflusst. An der Spitze steht das Problem des Achttages. Die Wahlen gelten der Rückeroberung dieser großen Errungenschaft der Nachkriegszeit. Aber auch die übrigen sozialpolitischen Tagesfragen werden je nach dem Ausgang der Wahlen beantwortet werden. Können die Unternehmer ihre begonnenen oder geplanten Angriffe gegen Tarifverträge und Betriebsräte unter dem Schutz des Staates fortsetzen, oder aber wird der Staat diesen Bestrebungen Einhalt gebieten? Die Sabotage gegen die Tarifverträge und Schlichtungsorgane, die neuerdings aufgetretene Verschneidung des Wirkungsbereiches für die Betriebsräte gehören in dieses Gebiet. Soll der Reichswirtschaftsrat beibehalten oder, wie es die Unternehmer haben möchten, weiter abgebaut werden? Soll der Wohnungsnot abgeholfen werden, und auf welche Weise: durch Privatbanken, wozu der Staat Privatkapitalisten Riesengeschenke in den Schoß wirft, oder durch die Gemeinden? Soll die Arbeitslosenfürsorge entwickelt, ihre heute so lärglichen Leistungen erhöht, oder wie die Unternehmer es wünschen, abgebaut werden? Dieselbe Frage muß auch in bezug auf die übrigen Zweige der Sozialversicherung der Invaliden- und Altersversicherung gestellt werden, die auf Grund der Selbstverwaltung der Beteiligten neu organisiert werden sollen.

Wir sehen: nicht nur auf dem Gebiet der inneren und äußeren Politik, sondern auch auf dem der Produktions-, Preis- und Handelspolitik, des Geld- und Kreditwesens, der Finanzpolitik und der Sozialpolitik gehen die Wege weit auseinander, und es hängt vom Ergebnis der Wahl ab, welche von ihnen eingeschlagen werden.

Zur Frage der Arbeitslosenfürsorge.

Die Auflösung des preussischen Landtages hat es verhindert, bei dem gerade zur Beratung stehenden Haushalts des Ministeriums für Volkswohlfahrt einen Vorstoß zur Reform der Arbeitslosenfürsorge zu machen. Die sozialdemokratische Fraktion hatte zu dem Zwecke folgenden Antrag eingebracht:

„Der Landtag ersucht das Staatsministerium, bei der Reichsregierung und im Reichsrat auf das Zustandekommen einer Arbeitslosenversicherung zu dringen.“

Bis zum Inkrafttreten eines solchen Gesetzes ist auf schnelle Bildung einer Reichsgefahrengemeinschaft hinzuwirken.

Um für Preußen einen volkswirtschaftlich gesünderen und zweckmäßigeren Ausgleich der durch die Arbeitslosenfürsorge entstehenden Kosten herbeizuführen, als dies nach der Verordnung des preussischen Ministers für Volkswohlfahrt vom 18. August d. J. möglich ist, muß der Kostenausgleich mindestens innerhalb des Bereichs eines Landes-

arbeitsamts resp. einer Provinz durch Festsetzung einheitlicher Beitragssätze erfolgen.“

Unmittelbar vor der Beratung des Antrages wurde der Landtag aufgelöst.

Die Mittel für die Unterstützung der Arbeitslosen werden zurzeit fast ausschließlich durch Beiträge der Arbeitnehmer und Arbeitgeber aufgebracht. Aus den durch Beiträge beschafften Mitteln werden 2/3 der Kosten der Arbeitsnachweise gedeckt und 1/3 der Kosten der Arbeitslosenunterstützung. Die Fehlbeträge bedecken Gemeinden, Länder und Reich.

Der Bedarf an Mitteln ist nicht in allen Wirtschaftsbereichen der gleiche. Aus diesem Grunde hatten Bayern, Sachsen, Thüringen und Baden Gelegenheit zur Unterstützung der Orte mit großer Arbeitslosigkeit durch Orte mit guter Konjunktur vorgelegen. In Preußen war dies nicht der Fall. Dort hatte bis vor kurzem jeder Ort für sich zu sorgen. Die Folge war, daß Orte mit guter Konjunktur mit niedrigen Beiträgen auskommen konnten und noch Ueberschüsse erzielten, während in Orten mit großer Arbeitslosigkeit die höchstzulässigen Beiträge erhoben werden mußten, nämlich 3 Proz. vom Grundlohn, und doch bei der Beurteilung der Frage, ob bei dem einzelnen Arbeitslosen Bedürftigkeit vorliegt, die bekanntlich Voraussetzung für den Bezug der Unterstützung ist, ein strenger Maßstab angelegt wurde, weil eben nicht genügend Mittel zur Unterstützung vorhanden waren.

Die Erfahrungen mit einer Arbeitslosenfürsorge nach diesen Grundrissen drängten zu einer Reform. Selbst der Reichsarbeitsminister sah ein, daß es so, wie bisher, nicht weiter geht. Er war bereit, eine Reichsgefahrengemeinschaft zu schaffen, um innerhalb des ganzen Reichs einen Ausgleich zwischen den Orten mit geringer und großer Arbeitslosigkeit herbeizuführen zu können. Er war auch bereit, die Förderung der Gewerkschaften zu erfüllen und eine Arbeitslosenversicherung der Gefahrengemeinschaft zu bringen, die dem unhaltbaren Zustand ein Ende macht, daß den Arbeitern und Angehörigen der Gefahrengemeinschaft zur Unterstützung der Arbeitslosen zwangsläufig Beiträge zur Unterstützung der Arbeitslosen vom Lohne abgezogen werden, daß ihnen trotzdem aber kein Rechtsanspruch auf Arbeitslosenunterstützung zusteht.

Diese Pläne sind durchkreuzt worden durch eine Verordnung des preussischen Wohlfahrtsministers vom 18. August d. J., die am 1. September in Kraft getreten ist, und die starke Gegnerschaft gefunden hat bei den Gewerkschaften aller Richtungen, bei zahlreichen Vertretern von Gemeinden und bei Verwaltungsbehörden.

Die Arbeitgeber freilich sind mit der Verordnung einverstanden. Sie können auch einverstanden sein, denn die Verordnung bietet ihnen Sicherheit, daß in der maßgebenden Behörde im größten deutschen Freistaat die Absicht besteht, den gegenwärtigen Zustand aufrechtzuerhalten, daß zahlreiche Arbeitslose ohne Unterstützung bleiben.

Die Verordnung überläßt es nach wie vor den kleinen Wirtschaftsbereichen der örtlichen Arbeitsämter, sich die notwendigen Mittel aus Beiträgen zunächst selbst zu beschaffen. Gelegenheit zu einer Hilfe für die Orte mit großer Arbeitslosigkeit durch günstiger gestellte Orte schafft sie lediglich durch die Vorschrift, daß bis zu 1/4 Proz. des Grundlohnes an eine provinzielle und 1/2 Proz. an die Landesausgleichskasse abgegeben werden müssen. Reichen die örtlichen Mittel nicht aus, kann können die einzelnen Orte aus der Provinzialausgleichskasse Unterstützung erhalten, aber auch nur dann, wenn sie mindestens 14 Tage hindurch die höchstzulässigen Beiträge erhoben

haben. Den Ausgleich zwischen den Provinzialklassen besorgt die Landesausgleichsstelle.

Ob die einzelnen Orte etwas erhalten, entscheidet lediglich die Regierungspräsident. Die Verordnung scheidet hierbei jegliche Mitwirkung derjenigen aus, die die Beiträge aufbringen müssen. Ein Mitbestimmungsrecht ist diesen nur in dem Landesausgleich gegeben, der zur Verteilung an den Arbeitern der Landesausgleichsstelle gebildet worden ist. Der Einfluß, der dort ausgeübt werden kann, ist aber nur sehr gering. Die Vertreter der Beitragszahler erhalten in der Praxis nur eine Nebenrolle über die Mittel, die angefordert und bewilligt werden.

Ganz abgesehen davon, daß einige Bestimmungen der Verordnung mit dem Arbeitsnachweisgesetz nicht im Einklang stehen, also ungeschicklich sind (so die Bildung des Landesausgleichs und die Übertragung des Rechts auf Festsetzung der Höhe des Ausgleichsbeitrages an den Ausschuss beim Landesarbeitsamt Brandenburg) ist die Verordnung auch ungewinnlich und unsozial. Unsozial und ungewinnlich ist sie einmal, weil sie das Mitbestimmungsrecht der Beitragszahler ausschaltet und weil sie den bisherigen Zustand aufrechterhält, daß die Orte mit größter Arbeitslosigkeit, also mit größter Arbeitslosigkeit, die höchsten Beiträge erheben müssen.

Im Bezirk des Landesarbeitsamts Münster erheben z. B. nach Inkrafttreten der preussischen Verordnung von 59 Arbeitsnachweisbezirken 34 die höchstzulässigen Beiträge, also 3 Prozent vom Grundlohn; 9 Orte kommen mit 1/2 Proz. aus. Einige Orte erheben noch niedrigere Beiträge.

Die preussische Verordnung hält auch den Zustand aufrecht, daß bei Beurteilung der Frage, ob Bedürftigkeit des Erwerbslosen vorliegt, in den Orten mit größter Arbeitslosigkeit am rigorossten vorgegangen wird. Dadurch konzentriert sie die jetzt so häufige Praxis, die Erwerbslosigkeit zum Abbau der Löhne und der Sozialpolitik in den Betrieben anzunehmen, weil die Furcht vor Entlassung, mit der Aussicht, vielleicht noch nicht einmal die geringe Erwerbslosenunterstützung zu erhalten, vielen Arbeitern und Arbeiterinnen in den Betrieben größte Zurückhaltung auferlegt.

Selbst eine große Anzahl unterstützter Arbeitsloser stellen für die Arbeitnehmer in den Betrieben eine gefährlichere Reservearmee dar; wie vielmehr diejenigen Männer und Frauen, die nicht unterstützt werden, obgleich sie arbeitslos sind, weil sie nicht als bedürftig angesehen werden oder weil ihre Arbeitslosigkeit nicht als eine Folge des Krieges anerkannt wird. Es sind Fälle bekanntgeworden, wo die Unterstützung nach Anweisung verweigert wird, wenn Erwerbslose oder deren Ehefrauen ein Hausgrundstück oder mehr als einen halben Morgen Land besitzen, ferner, wenn sie ein Schwein geschlachtet haben, wenn die Frau durch Hausarbeit wenige Mark die Woche verdient, selbst wenn davon Mann, Frau und mehrere Kinder, von denen keins arbeitsfähig ist, leben müssen und zahlreiche Fälle ähnlicher Art.

Daß die Aufrechterhaltung eines solchen Zustandes den Unternehmern angenehm ist, kann man sich denken. Nicht zu verstehen aber ist, daß der preussische Wohlfahrtsminister die Hand dazu geboten hat. Er hat es getan durch die Verordnung, die in einer Zeit herausgekommen ist, als die Vorarbeiten für die Reichsversicherungsanstalt so gut wie abgeschlossen waren. Das fordert um so mehr zur Kritik heraus.

Das Verhalten des preussischen Wohlfahrtsministers zeigt den Einfluß des organisierten Unternehmertums auf preussische Verwaltungsbehörden. Das organisierte Unternehmertum ist gegen eine Reform der Erwerbslosenfürsorge. Vor allen Dingen aber ist es gegen eine Erwerbslosenversicherung. Ein Vertreter der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände erklärte kürzlich in einer Sitzung: „Die deutsche Wirtschaft könne sich den Luxus einer Erwerbslosenversicherung nicht leisten“.

Auf die „Not der Wirtschaft“, die von Unternehmerseite immer angeführt wird, nimmt der preussische Wohlfahrtsminister Rücksicht, ohne zu beachten, daß zur Wirtschaft auch die Arbeitnehmer gehören.

Das Verhalten des preussischen Wohlfahrtsministers in der Frage der Erwerbslosenfürsorge ist um so unerfindlicher in einer Zeit, in der die Verträge regierungsmäßig folgende Zusätze erhalten haben:

„Im Laufe der letzten Monate haben sich die Fälle vermehrt, in denen besonders bei älteren Personen als Todesursache „Erschöpfung, Entkräftung, Abzehrung, Schwäche, Inanition“ usw. angegeben wurde. Es liegt Grund zu der Annahme vor, daß wenigstens ein Teil der Fälle auf direktem Verhungern aus Nahrungsmangel als Folge wirtschaftlicher Not beruht“.

Die Verträge werden dann angefordert, die Rücksicht auf Angehörige der an Hunger Gestorbenen fallen zu lassen und die wahre Todesursache anzugeben, um „damit dem Staate die Unterlagen zu liefern, um Maßnahmen zu treffen, die für das Allgemeinwohl von hygienischer Bedeutung sind“.

Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß die Mehrzahl der durch Hunger zugrunde gehenden Menschen Erwerbslose sind. Wenn die Not der Erwerbslosen in der gegenwärtigen Zeit auch nicht ganz beseitigt werden kann, so ist es doch möglich sie zu lindern. Das wäre schon dadurch möglich, wenn durch Unterstützung der Orte mit großer Arbeitslosigkeit durch Orte mit günstigerer Konjunktur den ersteren größere Mittel zur Verfügung gestellt werden. Das Verhalten des preussischen Wohlfahrtsministers hat diesem Streben ein starkes Hindernis beseitigt.

Dies durch Landtagsbeschluss zu ändern, ist durch die Auflösung des Landtages im Augenblick verhindert worden.

Nun aber haben die Wähler und Wählerinnen das Wort. Die Wähler und Wählerinnen aus den Reihen der Arbeiter und Angestellten müssen dahin wirken, daß im Reich und in Preußen durch Stärkung der sozialdemokratischen Partei der Einfluß der Gegner der Sozialpolitik ein für allemal geschwächt wird, der nach den Wahlen am 4. Mai an manchen Stellen sichtbar gewachsen ist. Auch die preussische Verordnung zur Erwerbslosenfürsorge zeigt uns was wir zu erwarten haben, wenn die Gegner der Sozialpolitik am 7. Dezember nicht empfindlich geschlagen werden.

Am 7. Dezember muß es deshalb für jeden Arbeiter und für jede Arbeiterin heißen:

„Unsere Stimmen der sozialdemokratischen Partei.“

Gertrud Hanna.

Klärt auf!

Bei den Reichstagswahlen am 7. Dezember wird der Kampf um die Eroberung der politischen Macht geführt. Das arbeitende Volk Deutschlands ist in der Mehrzahl und hat an diesem Tag zu entscheiden, wie sich künftig sein Schicksal gestalten soll.

Die Gegner des arbeitenden Volkes, klein an Zahl, aber stark durch ihre Gefolgschaft und reich an Mitteln, streben nach, die Staatslasten auf die Schultern der Arbeitenden abzuwälzen, ihre unbeschränkte Macht in den Gemeinden, Bezirken, Kreisen, Ländern, im Staat, in der Wirtschaft und im Gesellschaftsleben überhaupt aufzurichten.

Wie sich das auswirkt, fühlen die Arbeiter und Arbeiterinnen täglich an eigenen Leiden. Durch das Treiben der Widersacher werden die Kartoffeln, das Brot, das Fett, die Milch, das Fleisch, andere Lebensmittel, die Schuhe, die Kleider, die Wohnungen teurer, erhöhen sich die Steuern, die Leistungen zu den Krankenkassen, den Invalidenkassen, zur Erwerbslosenfürsorge, wenn Not, Elend und Arbeitslosigkeit größer werden.

Aber auch das brutale Vordringen der Unternehmer und ihrer Vertreter in den Betrieben läßt erkennen, daß der Achtstundentag, die Tarifverträge beseitigt und die Rechte der Betriebsräte zunichte gemacht werden sollen.

Unsere Gegner zielen weiter darauf hin, die große Wohnungsnöte zu Geschäftszwecken auszunutzen, indem sie freie Wohnungswirtschaft wollen, um unbegrenzte Mieten herauszuschlagen.

Auch die Arbeitslosigkeit möchten sie im möglichst großem Umfange bestehen lassen, weil eingekerkerte Betriebe fast die gleich hohen Gewinne abwerfen, wie voll arbeitende und ausgenutzte, und weil große arbeitslose Massen stets die Lohnhöhe ungünstig beeinträchtigen.

Wir Arbeiter und Arbeiterinnen als Leidtragende müssen gerade das Gegenteil erkämpfen. Das läßt sich nur erreichen, wenn wir politisch unser Wahlrecht richtig ausnützen und dafür wirken, daß kein Angehöriger des arbeitenden Volkes dem Gegner durch seine Stimmabgabe unterliegt.

Wer vom arbeitenden Volke seine politischen Feinde oder Feinde, unmaßgebende Splittlergruppen unterwirft, darf sich nicht wundern, wenn sein Einkommen immer weniger ausreicht, seinen Lebensunterhalt zu fristen, wenn die politische und wirtschaftliche Macht der Verderber an Boden gewinnt und der „andere Wind“ allen Schaffenden schärfer ins Gesicht weht.

Das ist es, was bei der Entscheidung am 7. Dezember beachtet werden muß.

Die Gewerkschafter haben dementsprechend Aufklärung zu verbreiten.

Wählen heißt: Sein Schicksal als Einzelmensch wie als Glied der Klassengemeinschaft selbst mitbestimmen.

Die Entwicklung der Konzentrationsbewegung in der deutschen Industrie.

Die in den letzten Monaten erfolgten Konzentrationsbewegungen des Kapitals und der Betriebe weisen eine Anzahl beachtenswerter Eigentümlichkeiten auf. Zuerst soll festgestellt werden, daß in dieser Periode, weit entfernt davon, zum Stillstand zu kommen, die Konzentrationsbewegung einen gewaltigen Fortschritt machte. Die Konzentrationsmethoden der Inflationszeit wurden fortgesetzt, doch sind andere Arten der Konzentration in den Vordergrund getreten. Die vertikale Konzentration von Rohstoff bis Fertigfabrikat, die während der Inflationszeit durch Stinnes und Gefährten eine gewaltige Entwicklung erfuhr, wurde in den letzten Monaten von einem bisher holländischen Konzern — dem Amerixma-Konzern — übernommen und am heftigsten betrieben. Das Exportsteigen der Gebrüder Bar mat, die erst vor einiger Zeit von Rußland nach Holland überflogen, die Art, wie sie in Holland Fuß fassen und in der letzten Zeit auch in Deutsch-

land eine riesige Anzahl von Unternehmungen erwerben konnten, bildet eine interessante Kapitel zur Entwicklung der neuerlichen Industrie für den Leser. (In der Zeitschrift „Die Weltbürger“ gibt Morus über den Aufstieg der Brüder Bar mat Aufschlüsse.) Der Amerixma-Konzern hat in den letzten Monaten in erster Linie in der Eisen-, Metall- und Maschinenindustrie, aber auch in der Holz- und Textilindustrie Fuß gefaßt; er hat vor kurzem die Aktienmehrheit bei fünf Banken erworben, auch hat er im Handel, in der Versicherung und Schiffahrt Erwerbungen gemacht. Der maßlose Aufkauf verschiedener, zum Teil noch lebender Unternehmungen durch die Bar mat-Gruppe erinnert stark an Stinnes, der, ebenso wie die Brüder Bar mat, vom Handel in die Industrie kam. Satten damals die billigen Reichsbankkredite und andere Finanzkünste Stinnes die Erwerbung der zahllosen Unternehmungen ermöglicht, so konnte Bar mat die Zeit der Geldknappheit ausnützen. Der Gehalt der deutschen Volkswirtschaft verankert bei anderen Nachfolgern Stinnes', S. Michael, seinen vielbesprochenen Aufstiege. Er war der größte Ruhmnießer der Stabilisierung; zur Zeit der allgemeinen Geldnot verfügte er über große Geldmittel, mit deren Hilfe er seine Erwerbungen machte. Diese fielen aber in die erste Hälfte dieses Jahres; in den Monaten Juni und Juli erwarb der Michael-Konzern noch zwei Banken hinzu und beherichtigte somit bereits vier Banken, darunter zwei Hypothekensanktionen. Die Angliederung der Banken erfolgt demnach im Gegensatz zur Vorkriegszeit weiter von leiten des Industriekapitals. Die Stinnes- und Nachfolger-Gruppe haben weitere Erwerbungen gemacht. Auch hat das Handelskapital sich eine Anzahl von Industrieunternehmungen angeeignet. Die hier geschilderten Zusammenfassungen können wir als Gelegenheitskonzentrationen bezeichnen, die ohne innere Notwendigkeit erfolgten. Der Rohstoffmangel, ein wichtiger Grund der vertikalen Konzentration während der Inflationszeit, ist gegenwärtig nicht vorhanden. Die wirtschaftlichen Gesichtspunkte haben in der letzten Zeit die horizontale Konzentration, den Zusammenschluß gleichartiger Unternehmungen zur Ausschaltung der Konkurrenz in Bezug auf Preise und Absatzgebiete, insbesondere aber zur Standardisierung der Produktion und zum Austausch der technischen Erfahrungen in den Vordergrund treten lassen. Die Notwendigkeit einer gesteigerten Ausfuhr hat in erster Linie diese Zusammenfassungen im Leben gerufen. In der Mehrzahl stellen sie keine Verschmelzungen dar, sondern erfolgen durch Errichtung von Interessengemeinschaften. Interessengemeinschaften dieser Art sind in den Monaten Mai bis August in der Hüttenindustrie, Maschinen- und Automobilindustrie (Stinnes) entstanden. Auch in der Bauindustrie und Versicherung haben sich Interessengemeinschaften gebildet. Eine weitere Erscheinung der Ausdehnungsbewegung deutscher Unternehmungen bildet das starke Anwachsen der ausländischen Beteiligungen deutscher Unternehmer. Die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft erwidert weitere Tochterunternehmungen in Amsterdam und Belgien, Metallgruppen (Metallum U. G., Beer, Sondheimer und Co.) gründen bzw. erwerben Beteiligungen in Holland, Norwegen, Japan, die große Farbenfabrik Leoben tritt in enge Verbindung zu einer amerikanischen Farbenfabrik, auch entstehen Verbindungen zwischen deutschem und ausländischem Bankkapital und Versicherungskapital. Amerika ist bei diesen Beteiligungen vorerst noch schwach vertreten. Zusammenschlüsse von großer Wichtigkeit sind ferner in der Schiffahrt zu verzeichnen. Unter ihnen hat die Vereinigung der Deutschen Levante-Linie mit der Deutschen Orientlinie die größte Bedeutung. Durch diesen Zusammenschluß wurden zwischen den großen Reedereien — Sapa, Norddeutscher Lloyd und Otto Wolf — neue Verbindungspunkte geschaffen.

Das Jahrbuch des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Jahrbuch des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes 1923. 182 Seiten. Preis in Ganzleinen gebunden 3 Mk., kartoniert 2 Mk. Berlin 1924. Verlags-Gesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S 14, Inselstr. 6.

Das Jahrbuch des ADGB über das Geschäftsjahr 1923 ist soeben erschienen. Der Inhalt des Buches ist nicht nur ein Bericht über die Geschäftstätigkeit des Vorstandes, sondern gibt trotz der knappen Form ein zusammenhängendes Bild der deutschen Wirtschaft, der Haltung der Gewerkschaften und ihrer Bemühungen, die schlimmen Folgen des wirtschaftlichen Zusammenbruchs vom ganzen Volke abzuwenden.

Als Kriegsjahr wird das abgelaufene Jahr bezeichnet. Mit Schrecken erinnern wir uns der viereinhalf Jahre des blutigsten, mit allen technischen Hilfsmitteln geführten Krieges, und doch läßt der Inhalt des Buches die Frage entstehen, ob nicht die Wirkung des Wirtschaftskrieges des letzten Jahres noch viel verheerender gewesen ist. Diese Wirkung kommt nicht nur auf das Konto der Bedrückungen durch die ehemaligen Feindstaaten, sondern im gleichen Maße auch auf die Hilflosigkeit der deutschen Regierung, die ohne Plan, ohne sichere Finanzierung den Kampf um das Ruhrgebiet durchzuführen zu können glaubte. Den Nachweis dieses Sachverhalts bringen die lebendigen Schilderungen der Kapitel: „Die Besetzung des Ruhrgebietes“, „Die wirtschaftliche Wirkung des Ruhrkampfes“, „Gewerkschaftliche Forderungen zur Steuererleichterung“ und „Der Lebenskampf der Mark und die Preissteigerungen“. In diesen Kapiteln wird

Tag der Revolution.

Der Herbst springt durchs Land. Grau flattern die Nebelkleider des Herbstes. Nachlich schreit wild die Steineule. Die Sterne verlieren im Nebel ihren Glanz.

Der Herbst wird weh und klein. Zweifel schleicht durch die Seele. Misstrauen beschwert uns — schwer wie die Steine sinken wir auf den Boden des schwarzen Zeidachs, der da heißt: „Arbeitslosigkeit“.

O deutscher Mensch, so aber darf es nicht sein, nicht denken! — Nur! Und Wahrheit! Und die letzten Energien herausgeholt aus Herz und Seele und Verstand.

Und die Energien schärfen zu spigen Feilen, und die Feile auf der Spitze der Klugheit — und dann, o du guter, roter, proletarischer Feil — hin ins Herz der Gegner: Kapitalismus, Militarismus, Materialismus.

Männer! Die ihr die Heimat liebt, best uns: wir müssen die Geister revolutionieren, nicht zu Nord und Dorschlag, aber zum Umbau. Die alten Gesellschaftsformen müssen von neuen Formen umgebaut werden, sehen die neuen Formen, dann ja: dann reizen wir die alten Formen ein. Dann wird der verfehlte Versuch einer Revolution geworden sein eine wirkliche Revolution.

In den Bergen schlummert das Feuer, Menschen! So auch schlummert das Feuer in unseren Herzen, weckt es! Die Herzen sollen rote Balken sein: der Heimat zur Liebe!

Sie singen, wie singen die Wunde: Der Herbst! Der Herbst!

Sturmflut.

Von Ernst Brezang.

Rufe am Strande, dicht hinter den niedrigen Bordünen, erheben sich das hohe, gewaltige Meer. Vielhundertjährige Bäume breiten hier ihre grünen schattigen Kronen aus, und alte, korrige Kiefern mischen ihren würzigen Duft mit dem kräftigen Salzbeim des Meeres. Kleine Landhäuser erheben sich im Hintergrunde: ihre roten Dächer lugen nur noch wie schmale, farbige Streifen an die See hinaus. Und ganz hinten, wo die hohe Düne sich wieder senkt, tief in der Talmulde, lehnt sich

Rohrbach an Rohrbach. Hier wohnen die Arbeiter des Meeres, die Fischer.

Ganz vorn aber, am Rande der Höhe, reckt sich schwer, hoch und breit ein Palast empor. Der gehört einem großen Herrn: Einem, der irgendwo im Lande drin zahlreiche Fabriken besitzt, einem, dem Tausende von Menschen dienen. Sie alle schaffen, schaffen mehr, als ihr Brot kostet. Und dieses Mehr fließt in die Taschen jenes Einen. Es sammelt sich dort zu gewaltigen Summen, und eben darum konnte dieser Eine sich ein großes Stück Erde kaufen, konnte sich ein Schloss auf den höchsten Punkt der Düne setzen. Ein natürlicher Park, die alten Bäume und Büsche, umgibt das Schloss. Und um den Park ließ der Herr dieses schönen Stückchens Erde ein starkes eisernes Gitter errichten. So einen zum Strande auf breiten Betonmauern ruhte. Früher freie Erde hinauf und hinunter führten, da verbot das Gitter allen den Weg, die nicht zum Hause des Herrn gehörten. Prohizee Eisenpfeile reckten sich an den Türschwamben, mit Schilber, darauf in großer Schrift stand: „Eintritt streng verboten!“

Das Gitter durfte wohl mancher, der früher gern auf diesen Pfaden abtrotzte und sich an Wald und Meer erquidete hatte, darüber murren vor allem die Fischer, die nun einen großen Umweg machen mußten, wenn sie vom Strande nach Hause gehen wollten oder umgekehrt.

Der Besitzer lachte darüber. „Es hat mein Geld gekostet“, sagte er, und das glaubte er wirklich. „Niemand und nichts soll ohne meine Einwilligung hier eintraten.“

Und so, im Bewußtsein seiner Macht, sah er im Sommer oben auf der Veranda vor seinem Palast, blickte behaglich auf das sonnige, schimmernde Meer hinaus und freute sich seiner lasttragenden Gebuld. Und wenn sich einmal ein scharfer Wind erhob, dann schloß er die Veranda und lachte über die Ohnmacht der Wellen, die den breiten Sand überspielten, aber das eiserne Gitter bei weitem nicht erreichten.

Es gab zuweilen Menschen in seiner Gesellschaft, die sagten: „Das Meer ist unheimlich auch in seiner Ruhe: denn man weiß nicht, wie böse es werden kann!“ Und mit leisem Schauer und verlorenem Blick setzten sie hinzu: „Wenn einmal —“

Er ließ sie nicht ausreden und lachte: „Ja, wenn mein Haus da unten stünde! Aber hier oben? Du lieber Gott! Was

das Meer schimpfen, wenn's ihm Spaß macht. Meine Betonmauern sind dick und fest. Außerdem aber“, er wies lachend auf den eisernen Pfahl unten an der Pforte „Privatbesitz! Eintritt streng verboten!“

Da lachten auch die anderen befreit auf und bewunderten seine Furchtlosigkeit.

Der Sommer verging. Es kam der Herbst und brachte stärkere Winde. Weiter, viel weiter als im Sommer rauschte die Flut über den Strand. Von den Sandburgen der Kinder war schon längst keine Spur mehr. Glatz und eben dehnte sich das sandige Meer bis zu den niedrigen Bordünen hinauf, auf denen der bärre Stranbafen und hier und da eine verkümmerte Weide im Winde seufzte.

Es wurde Winter, wurde Weihnacht. Schnee rieselte nieder. Tagelang Unruhig wogte die See. Heute letzte sie bis auf die Bordünen hinauf, morgen sank sie wieder wie ermattet zurück.

Eines Tages aber kam ein Mann in langen, schweren Wasserstiefeln aus dem Fischerdorf herauf, ging zu dem Most, der unter am Strande in der Erde steht und hülte einen großen schwarzen Ball am Most empor. Da fuhren die Fischer nicht hinaus, und ihre Draußen waren und den Ball vom Wasser aus sahen, hoben ihre Netze und kehrten schleunigst heim; denn alle wußten: Nun kommt der Sturm.

Und am gleichen Tage flammete oben in dem großen Hause auf der Düne das elektrische Licht auf. Der Herr war mit seiner Frau gekommen, um einmal das Winterpiel der Wellen zu sehen. Er stand in der geschützten Veranda und sah mit einem Fernrohr auf die bewegte Flut hinaus.

„Wie interessant!“ sagte er. Und seine Frau fügte hinzu: „Sehr interessant!“

Die Dünung der See war kürzer, die Wellen schwellen auf, und schaumiger spritzte der Gischt an den Bordünen empor. Die Flutbänne mischte sich mit dem Schnee, der in ungeschlichen Flodenwirbeln die Luft erfüllte — und plötzlich fuhr ein Schlag gegen das Haus, daß das Gebälk der Veranda wie im Schreck ansackte und erbebt. Der Schnee klaffte in Fladen gegen die Fenster, und jede einzelne Scheibe erzitterte.

Die Frau des Hauses erschrak und sagte furchtsam: „Die See kommt!“

Gewerkschaftliches.

Der Mitgliederstand in den britischen Gewerkschaften im Jahre 1923. (3333.) Einer vergleichenden Aufstellung über die Mitgliederzahl der britischen Gewerkschaften in den Jahren 1913, 1922 und 1923 entnehmen wir folgende Einzelheiten: Die entsprechenden Zahlen stellten sich für die Landarbeiter auf 200 000, 91 000 und 79 000; Bergleute 921 000, 843 000 und 915 000; Metallarbeiter, Maschinenbau und Schiffbau 545 000, 836 000 und 703 000; Textilarbeiter 263 000, 280 000 und 269 000; Bekleidungsarbeiter 82 000, 95 000 und 93 000; Holzarbeiter und Tischler 60 000, 87 000 und 85 000; Bauarbeiter 296 000, 387 000 und 356 000; Transportarbeiter, Eisenbahner 327 000, 488 000 und 474 000, sonstige Transportarbeiter 367 000, 442 000 und 441 000; Handels- und Bureauangestellte 110 000, 187 000 und 179 000; öffentliche Dienste 213 000, 284 000 und 290 000. Die Gesamtzahlen der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter in den drei Jahren sind folgende: 3 703 000, 4 742 000 und 4 590 000.

Die Zahl der Gewerkschaften, denen diese Mitglieder im Jahre 1923 angehörten, stellt sich auf 1135. Es gibt z. B. nicht weniger als 251 Gewerkschaften mit Arbeitern öffentlicher Betriebe, 167 für Arbeiter in der Baumwollindustrie und 114 für Berg- und Steinarbeiter.

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund gegen die Affordable. Der diesjährige Kongress des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes hat ein Minimalprogramm für die Gewerkschaften angenommen, das sich an erster Stelle mit den Tarifverträgen beschäftigt und deren Nichterfüllung festsetzt. Der Affordable steht dieses Minimalprogramm im allgemeinen nicht günstig gegenüber. Es heißt dort (aus französischem Text übersetzt, D. Red.): Die Affordable soll nur gebildet werden, wo sie aus wichtigen Gründen nicht vermieden werden kann. Sie darf nur angenommen werden, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind: Gefährliche Arbeit darf nur bei Tageslicht verrichtet werden. Der Stundenlohn muß gesichert werden. Die Affordable müssen vor Beginn der Arbeit festgestellt werden. Bei Gruppenverträgen soll die Verteilung der Affordable im Verhältnis zur Beteiligung der Arbeiter vorgenommen werden. Streitigkeiten über Affordable müssen durch paritätische Kommissionen geschlichtet werden. Der Affordable hat das Recht auf gute Werkzeuge und Maschinen.

Aus unserem Beruf.

Stützt den Verband!

Bringt Opfer zur Sicherung!

Dieser Ruf geht an alle Kolleginnen und Kollegen, an die Säuglinge und an die Pflichtbewußten. An diese deshalb mit, weil sie allerorts dafür Sorge treffen müssen, daß auch die anderen Zahlstellen im Verband gehalten und nicht durch Nachlässigkeit die Aufbaubarbeit unseres Verbandes stören und somit deren Kampfkraft lähmen.

Der Säugling ist stets der Meinung, ach, auf mich kommt es doch nicht an. Er denkt nicht daran, daß sich Gleichgültigkeit seinem Beispiel anschließen und so Schaden verursachen. Wie die Säuglinge zahlenmäßig ausfallen, ergibt sich aus den Durchschnittsbeträgen des 3. Quartalsjahres. Aus den Abzügen der Zahlstellen ist festgestellt worden, daß die schlechtesten Beitragszahler veranlaßt, die Durchschnittsbeträge nicht über 30 Pf. in der Woche kommen zu lassen, ja, sogar noch darunter drücken. Dabei hatten diese Zahlstellen keine andere Zusammensetzung an Frauen, Jugendlichen und Männern wie die mit weit höheren Durchschnittsbeträgen.

Wie hoch diese sein müssen, wenn die Beiträge nach den statistischen Vorschriften gezahlt werden, beweisen die besten Zahlstellen, sie erreichen 1,07 und 1,02 Mk. Durchschnittswochenbeitrag.

Die beiden Gegenüberstellungen zeigen uns, daß in manchen Zahlstellen die Verbandspflichten nicht erfüllt werden. Und sehr schnell kann der Fall eintreten, daß die Säuglinge für ihre grobe Nachlässigkeit büßen müssen. Es sei nur daran erinnert, wie hart alle, sonst stets gutbeschäftigte Betriebe von der Kriebs betroffen und ihren Betrieb einschränken mußten, wobei so mancher mit auf die Straße gekehrt wurde, der schließlich noch in zwangsweise feierten mußte. Die unsicheren Zeiten bestehen noch. Wenn sie dann hereingebrochen sind, ist es gewöhnlich zu spät, sich im Verbande höher zu verorten und die verkehrte Scharfsinnigkeit rückt sich persönlich. Aber auch der Verband hat Schaden. Der finanzielle Rückhalt konnte infolge Beitragsrückerei nicht geschaffen werden, für Kampfzwecke blieb nur wenig oder nichts, weil die Verwaltungsausgaben die niedrigen Beiträge prozentual mehr belasten als hohe.

Wenn unter Verband recht bald wieder zu normalen Löhnenverhältnissen kommen soll, muß die Beitragszahlung eine bessere werden und den schon gegebenen Beispielen nachgeahmt werden. Erziehen wir uns in allen Zahlstellen zu dieser notwendigen Pflicht.

Berlin-Charlottenburg. Achtung! Die Apothekenstand-gesamtheit in Berlin stehen im Streik. Zugang ist ferngehalten und darauf zu achten, daß Streikarbeit nicht gemacht wird.

Farge. Warnung! Dreher, Gießer, wie Malerkollegen, die beachtlichen, hier in Arbeit zu treten, werden in ihrem eigenen Interesse ersucht, sich vorher bei der Zahlstellenverwaltung über die bestehenden Verhältnisse erkundigen zu wollen.

Reichmannsdorf. Der Streit der Maler der Firma Leube & Co. in Reichmannsdorf geht unerbittlich weiter. In einem Aushang macht die Firma bekannt, daß ab 3. November die gesamte Belegschaft ausgesperrt wird, wenn bis dahin die Maler die Arbeit nicht aufgenommen haben. Um die Belegschaft durch-einander zu bringen und die Sparten gegeneinander auszu-spielen, hat die Firma die Verdienste der Maler im Januar und Mai d. J. am schwarzen Brett ausgehängt. Die Firma hat aber bei diesem Aushang verfahren zu sagen, daß über die Löhne im Januar und Mai kein Streit bestand. Es besteht nur Streit über die Löhne ab Juni. Diese wurden von der Firma nicht an-zugestanden. Sie hätte ja auch damit ihr Unrecht zugegeben, denn es hätte ja dann jeder feststellen können, welcher Unter-schied zwischen den tatsächlich erzielten Verdiensten und den tarif-lichen Lohnsätzen besteht. Die Belegschaft hat das Vorgehen der Firma durchschaut und ist nach wie vor fest entschlossen, die Durchführung des Schiedspruches vom 14. Juni zu erkämpfen.

Heilsberg. Dort bestehen bei der Firma C. & E. Carlstens schwerwiegende Differenzen, weshalb vor Zugang gewarnt wird.

Tekow. Die Zahlstelle hat wiederum einige Jubilare zu verzeichnen, und zwar können die Kollegen Gust. Paarmann auf eine 25jährige, Hugo Werschmickel und Albin Hamberger auf eine 30jährige Verbandszugehörigkeit zurückblicken. Wir beglück-wünschen die Kollegen und hoffen, daß sie noch lange der Organi-sation erhalten bleiben mögen. Die Zahlstellenverwaltung.

Walzenberg und Umgegend. Am 2. November beging der Dreher Heinrich Päsler in Nieder-Calßbrunn sein 35-jähriges Verbandsjubiläum. In unermüdlicher Arbeit für die Organisation hat der Kollege Päsler ein Menschenalter gewirkt. Steig auf dem Posten, wenn es galt, für die Interessen seiner Mitarbeiter einzutreten, soll der Kollege Päsler ein leuchtendes Vorbild sein für viele unserer jüngeren Gewerkschaftskollegen. Schlicht, einfach und besonnen war stets sein Verhalten. Und ehrte ihn die Zahlstelle durch ein entsprechendes Blumenarrange-ment und eine kleine Gabe, welche dem Genossen Päsler, der sich zurzeit in nicht gerade guten Verhältnissen befindet, willkommen sein dürfte. Die größte Ehrung dürfte ihm jedoch die sein, daß alle Mitglieder seinem Vorbild folgen würden.

Walzenberg und Umgegend. Da viele Kollegen, insbesondere Maler, immer noch glauben, wenn sie nach Schlessen Stellung

find, daß sie böswilligen Kritikern zu jeder Zeit begegnen können. Material dazu bietet das Jahrbuch in ausreichendem Maße. Wer über die Wirksamkeit der Bewegung urteilen will, muß seinen Inhalt kennen. Das Buch gehört deshalb in die Hände der Gewerkschaftsfunktionäre.

Die Frau und die Revolution.

Am Grabe August Bebel's von Anna Juffen.

Auf dem Zentralfriedhof in Zürich ist ein schlichtes Grab. Von dem Edelstein zur Rechten leuchtet ein Name, fast zu be-scheiden in den schwarzen Marmor eingegraben. Zu becheiden für diesen Namen, der einst die Welt erfüllte, bei dessen Klang alle die, die Unrecht litten, aufhorchten, den Glauben wieder-landen: August Bebel.

Wieviele Frauen werden gleichgültig an diesem Grabe vor-übergehen, achlos diesen Namen lesen, wie etwas, das sie gar nicht angeht. Millionen Frauen werden nicht wissen, was August Bebel für sie getan, wissen nicht, daß August Bebel mit der ganzen Welt seines Kampfes der bürgerlichen Gesellschaft die Schenkmaske vom Antlitz riß mit keinem — für alle Frauen — erlösenden Buch: „Die Frau und der Sozialismus“.

Warum kennen nicht alle Frauen den Namen des Mannes, der das Buch schrieb? Alle die, die in der Schmach einer un-würdigen Ehe leben, alle die, die an ein fremdes oder ihnen fremd-gewordenes Wesen gefesselt sind durch veraltete, überlebte Ge-setze, warum kennen sie nicht dieses befreiende, revolutionäre Buch? Und die, die unter der „Schande“ der Unkeuschheit leiden und die Unterdrückten im engen Elternhaus, warum wachen sie nicht auf? Warum?

Vor zehn Jahren, da hätten die Frauen für ihre Gleich-gültigkeit noch eine Entschuldigung finden können. Aber heute, wo die Revolution dem grausamsten Kriege ein Ende machte — einer furchtbaren Höllequal, gerade für die Frauen — heute sind sie immer noch teilnahmslos gegenüber dem Weltgeschehen?

Der Krieg nahm uns Frauen, die Söhne, die Brüder. Der Krieg machte unsere Freude zur Trübsal, nahm unseren Nächsten die Ruhe, unseren Seelen den Frieden, nahm uns zuletzt noch Brot und Gesundheit. Ihr Frauen seid alle so nervös, so nervös geworden in den ruhelosen Kriegsjahren, seid unterernährt, herzleidend. „Ein Wind weht euch um“, sagen die, die es besser ertragen. Und als die Revolution im November 1918 kam, atmetet ihr auf! — Wie schnell, wie leicht fügtet ihr euch wieder ein in den Gang des Lebens. Daß die Volkserregung euch das Stimmrecht gab, das Recht, künftig durch eure Stimmen den Krieg verhindern zu können, also euren Söhnen, Brüdern, Männern das Leben retten zu können, das nahm ihr gleichgültig hin. Ja, das nahm die Mehrzahl der Frauen völlig gleichgültig hin.

Die Frauen waren im alten Staat eigentlich nur Wesen zweiten Ranges, hatten nichts zu sagen, waren dem Manne, als dem Herrn, untergeordnet. Jede Frau, die Eigenart und Stolz bewahrte, mühte sich unfrei, unbehaglich fühlen. Der Mann durfte alles, die Frau — wehe, tat sie das gleiche wie der Mann! Was genau dasselbe war und ist, war dann noch lange nicht dasselbe, und wie fiel diese verlogene, scheinheilige Brut über so ein armes Geschöpf her, das gewagt hatte, gegen ihre „Moral“ zu verstoßen.

Im Grund ist das heute nicht viel anders. Dennoch ist ein Gewaltiges geschehen: Die Frau ist eine gleichberechtigte — dem Manne vollkommen gleichberechtigte Staatsbürgerin in der deutschen Republik. Sie kann wählen die Partei, die ihr die Rechte zur Erhaltung des Friedens, zur Erhaltung ihres Wohl-seins, zur Erhaltung ihrer Familie dünkt. Sie kann sich frei betätigen, kann mitwirken an Staat und Volkswohl, sie ist ein freier Mensch und braucht nicht länger Sklavin des Mannes zu sein. Sie ist nicht mehr nur gebunden an das Haus. Will ihre Neigung anders, so kann nichts sie hindern, ihrer Neigung zu leben. Denn sie ist eine dem Manne gleichberechtigte Staats-bürgerin.

Dazu machte die Frauen die Revolution. Die Revolution von 1918, der sie so gleichgültig gegenüberstanden. Wie hätte eine Frau vom Geiste der Madame Roland geuoelt, wenn ihr die Revolution eine solche Verfassung, eine solche Republik geschenkt hätte, wie die deutsche Nationalversammlung sie den Frauen gab. Madame Roland befehlte ihre glühende Freiheitsliebe mit ihrem Blut. Vielleicht werden auch deutsche Frauen einmal ihr Blut geben wollen, wenn sie fühlen, was sie verloren haben. Gleichgültigkeit ist schlimmer als Haß. Haß, dann habt ihr wenigstens Gedanken! Nicht — diese Stumpfheit, die der Mil-lionen Toten des Weltkrieges hoptet. Wie kann einer Frau nach einem so unsahbar-wahnsinnigen Geschehen — wie der Kriege es war — eine erlösende, Freiheit gebende Revolution gleichgültig sein?

Sammelel wir alle unsere Kräfte für das eine Ziel: Wecken die, die noch schlafen, obwohl all das, was errungen in neuer, heller Gefahr ist. In die Ohren schreien müssen wir es ihnen: Dank der Revolution, der großen Erlöserin, die nicht zu Ende ist, die fortschreitet, die, trotz Hakenkreuz und Stahlhelm die Siegerin bleiben muß! Es leuchtet August Bebel's Wort: „Dem Sozialismus gehört die Zukunft, das heißt in erster Linie, dem Arbeiter und der Frau!“

Als es schon gegen Mitternacht ging, gab es ein fürchterliches Splittern und Krachen und Brechen.

Der Mann fuhr von der Chaiselouque auf und schrie:

„Die Veranda ist eingestürzt!“

Der Boden wankte, und im nächsten Augenblick brach ein Hagel von Kalk, Steinen, Brettern und Balken durch die Decke des Zimmers.

Das hatte ein fallender Schornstein getan.

Die Frau war aus dem Bett gesprungen und klagerte sich schreiend an ihren Mann.

Der stand mit großen, entsetzten Augen an der Wand und starrte auf das Loch in der Decke.

„Der Sturm ist im Haus!“ sagte er.

Dann liefen sie schreiend hinaus und riefen nach der Dienerschaft und nach dem Auto.

Als die See und der Sturm ausgelobt hatten, breitete sich freudlicher Sonnenschein über Flut und Land. Und nun sah man: das Meer hatte den Strand frei und gleich und eben gemacht. Und der Sturm hatte zerstört und gebrochen, was alt und morsch und schwach gewesen war. Und was sich ihnen eigen-sinnig entgegenstemmt hatte, das hatten sie aus dem Wege geschleudert. Ein eisernes Gitter liegt dort, das ist verbrochen und zertrümmert, als wäre es aus Streichhölzern gemacht. Die Betonklöße hatte die See aus dem Dünenlande gewaschen und hat ein wenig Hangeball damit gespielt. Sie bilden keine Mauer mehr; sie sind ein zerbröckeltes Haus von Trümmern. Sie hat tiefe Löcher und Schlitze in das hohe Meer gestossen; hat alte Bäume bei den Wurzeln gepackt und sie in den tobenden Wicht geschleudert. Ein Teil des Hauses ist niedergebrochen, und der Rest wird bald nachstürzen. Er hängt über der Tiefe.

Unten an ihrem kleinen Hafen fanden die Fischer ein etwas, das sie mühsam aus dem Sande graben mußten. Sie richteten es auf. Es war ein armstarker Eisenpfahl; er stak noch in einem Betonklotz und war trumm wie ein Hühnerbein. Er hatte lange propf an der Spitze gestanden; nun aber verbarnte er in einer tiefen Verbengung vor der Macht der Elemente. Und auch ein Stück von dem Schiff war noch daran. Ein Stück nur. Und einer las: „Privatbesitz — verboten!“

Da sahen die Fischer einander an und lächelten.

aufgezeigt, wie besonders die Arbeiterschaft im Ruhrgebiet spontan in den Abwehrkampf gegen die Besetzung eingetreten ist, wie der Bundesvorstand vom Anbeginn des passiven Widerstandes versucht hat, Vorsorge zur Unterstützung der kämpfenden Arbeitsgenossen zu treffen, wie er weiter mit Entschiedenheit sich der Regierung gegenüber eingesetzt hat, diesen ungleichen Kampf nicht bis zum Weichbluten auf die Spitze zu treiben. Tragisch ist das anschauliche Bild über die Folgen der Marktentwertung bis zur Billionenrechnung für eine Goldmark; doppelt tragisch in der Gegenüberstellung der Haltung unserer „Wirtschafts-führer“ gegenüber den praktischen Vorschlägen der Gewerkschaften, dieses Versinken der Papiermark aufzuhalten. Der Versuch der Stresemann-Regierung, in letzter Stunde durch die-nische Steuern den völligen Zusammenbruch zu verhindern, sowie die im Oktober in Angriff genommene Stabilisierung der Wäh-rung durch Schaffung der Rentenmark sind eine Rechtfertigung der so oft ungehört erhobenen Gewerkschaftsforderungen.

Lebendig wird auch die Erinnerung an die furchtbaren Sommermonate des Vorjahres bei dem Rückblick auf die An-griffe gegen die Republik durch Nationalisten, Faschisten und Separatisten, denen die Kommunisten mit ihren fortwährenden Generalstreikparolen wirksam in die Hände arbeiteten. Verdienst der Gewerkschaften ist es, daß die Re-publik diesen Unstürmen nicht zum Opfer fiel.

Eine andere Seite der deutschen Wirtschaft zeigen die Zahlen über den Umfang der Arbeitslosigkeit und der Kurz-arbeit. Demen, die oftmals kritiklos in aufgeregten Veramm-lungen den Vorwürfen beistimmen, daß die Gewerkschaften sich um das Schicksal der Arbeitslosen nicht genügend kümmern, wird die Lesart dieses Kapitels eine andere Auffassung ein-hämmern. Auf Betreiben der Bundesleitung wurden 27mal die Unterstufungsplätze geändert, nur um gegenüber der In-stationswirkung die Kaufkraft des Unterstützungsbetrages einzu-ermitteln. Auf Betreiben der Bundesleitung wurden 27mal die Unterstufungsplätze geändert, nur um gegenüber der In-stationswirkung die Kaufkraft des Unterstützungsbetrages einzu-ermitteln. Auf Betreiben der Bundesleitung wurden 27mal die Unterstufungsplätze geändert, nur um gegenüber der In-stationswirkung die Kaufkraft des Unterstützungsbetrages einzu-ermitteln.

Ganz unentbehrlich für alle in der praktischen Agitation stehenden Gewerkschaftler ist die Kenntnis der Darlegungen über den Kampf um den Achtstundentag. Auch in dieser Frage konnte sich ja die sogenannte Gewerkschaftsopposition nicht genug tun in Vorwürfen, daß die Arbeiterschaft durch die Ge-werkschaften verraten worden sei. Die Unhaltbarkeit dieser Vorwürfe ergibt sich aus der chronologischen Darstellung des Verdens der Arbeitsverordnung vom 21. Dezember 1923, an-gefangen von den Beratungen der Arbeitszeitgesetzgebungs-kommission bis zu den Beschlüssen der Reichsregierung, die in der endgültigen Verordnung, wenigstens die berechtigten An-sprüche der Arbeiterschaft zur Anerkennung zu bringen. Mit-behandelt ist bei dieser Gelegenheit die Einstellung der Schlichtungsausschüsse zur Frage der zwangsstaatlichen Regelung der Arbeitsbedingungen.

Der folgende Abschnitt beleuchtet die zwangsläufige Lohnpolitik der Gewerkschaften während der Inflationszeit. Es schließt sich daran die Statistik über die Lohnbewe-gungen im Jahre 1923, die Statistik über die Entwicklung der Verbände während des gleichen Jahres.

Die Funktionäre haben dieses Material im letzten Jahre schmerzlich vermisst, weil die Rückwirkung der Inflation den Bundesvorstand zwang, die statistischen Beilagen des „Vor-rechenschaftsblattes“ wegzulassen zu lassen. Durch Aufnahme des Ergebnisses der trotzdem durchgeführten regelmäßigen Erhebungen im Jahrbuch wird nicht nur die Lücke gefüllt, sondern auch Gelegenheit zur Information über die Wirksamkeit und Entwicklung der einzelnen Verbände gegeben. Das Jahrbuch wird dadurch zugleich zum unentbehrlichen Nachschlagewerk für den täglichen Gebrauch.

Neben den bisher angeführten Abschnitten wird im Jahr-buch zu der kommunistischen Herstellungsarbeit Stellung ge-nommen, das Wirken der Gewerkschaftlichen Betriebsräte-zentrale behandelt und in besonderen Abschnitten auf die Fragen der Ein- und Auswanderung und der Fürsorge für die Gewerkschaftsangehörigen in den abgetretenen Gebieten Bezug genommen. Daran schließen sich besondere Kapitel über das Heimstätten- und Siedlungswesen, der Wohnungsfürsorge, den Stand der Bauarbeiterkassenverhältnisse, der Bildungsbestrebungen und ein Nebenstück über die Wirksamkeit des Jugendsekretariats. Alle diese Kapitel können nur angedeutet werden, weil jedes nähere Eingehen auf den Inhalt viel zu weit führen muß. Dasselbe gilt für die folgenden Abschnitte über die Auflösung der Zentral-arbeitsgemeinschaft, den Stand der Umwandlung der Verbände in Industrieorganisationen, der Rechnungslegung der Bundes-lasse und der inneren Verwaltungsgeschäfte.

Die Fülle des hier aufgezählten Inhalts gibt allen Lesern des Jahrbuchs einen Überblick über das riesige Aufgabengebiet der Gewerkschaften. Dieses Gebiet ist nicht zu meistern mit der nur gefühlsmäßigen Erkenntnis von der Notwendigkeit der Ge-werkschaftsbewegung. Wir müssen dazu kommen, daß mindestens die Funktionäre mit allen Problemen der Bewegung zu vertraut

Er lachte verächtlich: „Meine Betonmauern!“

Und er versuchte hinanzusehen, um das zu schauen, was da unten vorging. Aber vor seinen Augen tauchte nur ein wildes Meer von Fluten, und die See schien ein einziger Gicht geworden, der mit wilder Wucht herankam. Er lenkte über die niedrigen Vorhöfen, verschlang sie, löste sie auf und bildete unten an der Mauer einen tosenden, tanzennden, gelben Strudel.

Und während unten die See wütete, folgte oben ein Sturm-stoß nach dem anderen. Die erste Scheibe brach und fiel kir-rend zu Boden; die zweite folgte sofort hinterher, und eine Se-kunde später flog ein ganzer Flügel aus dem Rahmen und splitterte krachend ins Haus.

Die Frau schrie auf und schliefte.

Er folgte ihr schreiend.

Das Licht erlosch. Finsternis umgab sie in allen Räumen.

„Rutsch!“ sagte er, rief die Dienerschaft und ließ sterzen bringen.

Aber der Sturm verfolgte sie.

Mit tausend Häuten hämmerte er gegen das Haus und schüttelte es. Er warf einen Niesel aus dem Dach, und dann einen zweiten. Und als er seine Hand erst hineinstecken konnte, ergriß er gleich ein paar Sparren an einmal, brach sie in Splinter und posterte damit auf dem Boden umher. Von der Decke des Schlafzimmers stürzte der Kalk, und der Kronleuchter wirbelte sich hin und her. Der Sturm klagte eine hundertjährige Pfeife und warf sie donnernd gegen das Haus. Er tobte um alle Fenster, heulte — Schornstein und Klapperte mit den Türen. Die Däne ätzte von den Schlägen des herantastenden Meeres, und das Haus bebte von den Grundmauern bis zum Dachstuhl.

„Jetzt bricht es sich die Zähne an meinen Betonmauern aus!“ lachte grimmig der Mann.

Die Frau lag im Bett und zog sich die Decke über die Ohren. Und immer, wenn Sturm und Meer mit gewaltigem Anprall an die Däne donnerten, schrie sie leise auf.

Das ging so stundenlang.

Der Schnee klatschte gegen die Scheiben, und Sturm und Meer wurden nicht müde, Stoß auf Stoß gegen die Höhe zu führen. Mit zorniger Ausdauer, mit grimmiger Geduld arbeiteten sie. Ihr Brausen und Toben erfüllte das ganze Haus.

annehmen, in das Land zu kommen, in dem Milch und Honig fließt, werden sie nach kurzer Zeit bitter enttäuscht sein. Es ist immer wieder darauf hingewiesen worden, daß die Kollegen verpflichtet sind, bevor sie Stellung antreten, sich bei der Zahlstellenverwaltung nach den Verhältnissen zu erkundigen. Dieser Pflicht genügen viele Kollegen nicht mehr. Die Vorkriegsarbeit hat in letzter Zeit wiederholt Blumenmalerei gesucht. Die Kollegen, welche in Königszell in Stellung getreten sind, haben trübe Erfahrungen gemacht, da sie bei den bestehenden Verträgen als Ortsrentner überhaupt nicht zurecht kommen. Auch werden dieselben mit Malerarbeiten beschäftigt, zu denen sie nicht engagiert waren. Es haben schon die Kollegen, die die Verhältnisse kennen, not, durchzukommen. Auch bei der Firma Krause in Schweidnitz liegen die Verhältnisse für die Maler äußerst ungünstig. Dort tut sich insbesondere der „Ober“ hervor, indem er bei jeder Gelegenheit Preisreduzierungen vorzunehmen versucht. Auch die Kolleginnen, welche als Malerinnen beschäftigt werden, haben zu kämpfen um die Erhaltung ihrer Preise. Auch liegen die Verhältnisse in verschiedenen Betrieben insofern ungünstig, daß man Betriebsratsmitglieder usw. nicht so behandelt, wie es wünschenswert wäre. Man fehlt in allen Betrieben den Herrenstandpunkt hervor und glaubt, man hat die Vorkriegsarbeit schon so weit, daß man mit ihr umspringen kann, wie es in der Vorkriegszeit in vielen Betrieben im hiesigen Bezirk gang und gäbe war. Diese Warnung dürfte genügen und ruhen die Kollegen des hiesigen Bezirks allen Kollegen, welche gewillt sind, hier in Stellung zu treten, zu: Wer sich vor Schäden bewahren will, hole Erkundigungen bei der Zahlstellenverwaltung ein.“

In dem Artikel „Sachverständigenurteilen und Arbeitsstunden“ muß es im Absatz 11 3. Reihe statt 2 Milliarden Arbeitsstunden 5 Milliarden Arbeitsstunden heißen.

Veranstaltungsberichte.

Rehan. Die am 30. Oktober dieses Jahres im Schützenhaus stattgefundene Mitgliederversammlung der Zahlstelle Rehan befaßte sich unter anderem Tagesordnungspunkten auch mit dem neueren Lohnabkommen. Die Aussprache zu diesem Punkte war sachlich gehalten, jedoch äußerst lebhaft. Unter dem Druck der derzeitigen Verhältnisse war die allgemeine Hoffnung der Mitglieder auf ein verbessertes Lohnabkommen. Große Enttäuschung löste es jedoch aus, daß die freien Verhandlungen der beiden Parteien wiederum scheiterten und die Sache erst wieder Schiedspruch werden mußte durch den allbekannten Schlichter. Auf Grund der bisherigen Tätigkeit des Schlichters hätte man annehmen müssen, daß er mehr Einblick gewinnen dürfte für die derzeitige Lebenslage der Vorkriegsarbeiter, die auf ein erhebliches Niveau heruntergefallen ist und die jeder Beschreibung spottet. Der Schiedspruch trägt mehr dem Unternehmer Rechnung als der Arbeitererschaft, da die Preissteigerung in der Lebenshaltung anstatt 7 Proz. 40 Proz. und noch darüber ausmacht. In der Versammlung wurde der Wunsch laut, für weitere Schiedsprüche einen Schlichter zu beauftragen, der auch in der Vorkriegsbranche Einleben gewonnen hat, um zu wissen, daß man bei Wochenlöhnen als Familienvater mit 17-19 Mk. nicht auskommen kann, zumal der Körper bei der schweren Arbeit durch die schlechte Ernährung nicht standhalten kann und in ganz kurzer Zeit der Vorkriegskrankheit zum Opfer fallen muß. Wir verlangen für die Zukunft, daß der Schlichter mehr soziales Verständnis an den Tag legt, das er auch mit seinem Gewissen verantworten kann. Sollten die Herren glauben, daß unsere Forderungen ungerecht sind, so möchten sie sich an ihren eigenen finanziellen Verhältnissen prüfen und sie werden recht bald bekehrt sein, wie das Sprichwort jagt: „Ein jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert.“

Heidenbach. Kürzlich hielt die hiesige Zahlstelle eine Versammlung ab, die sich merkwürdig von den vorhergehenden abhob. Während bisher oft nur geschimpft und sich gegenseitig angefeindet wurde, war diese Versammlung von einem einigen Willen, von Kampfesfreude und Opfermut befeuert, die zu den besten Hoffnungen berechtigten. Der Vorsitzende berichtete eingangs über die Verhandlungen, die resultatlos verlauten seien, und daß der gefällte Schiedspruch nur 7 Proz. Lohnhöhung gebracht hätte. In der Diskussion gingen die Kollegen sachlich auf die Situation ein, dabei den Kampfartikel in der Nr. 44 der „Ameise“ hervorhebend. Es wurde schließlich beschlossen, da doch ein Schiedspruch von nur 7 Proz. nicht genügt, in den einzelnen Betrieben über eine 25proz. Erhöhung der Löhne zwischen Betriebsleitung und -vertretung zu verhandeln.

Der nächste Punkt betraf die Abmeldungen der bisherigen Kollegen Leo Möhler und Willy Hebrich. Die betriebsfremden Kollegen hatten sich, da der Verband seit 11 Wochen nichts herausgeholt hätte, einfach abgemeldet. Ein Kollege widmete ihnen einen Nachruf nach dem Motto: „Schaut ihn an, so sieht er aus“, usw. Einmütig stellte sich die Versammlung auf den Standpunkt, betragende Kollegen nicht zu halten und als Ballast dauernd mitzuschleppen. Dasselbe galt auch denen, die dauernd durch abfällige Nebenreden den Verband heideln. „Lieber einige Mitglieder weniger, dafür aber wieder die alte Aktivität und den Gemeinschaftsgehalt und die ideale und materielle Opferwilligkeit, die unsere Organisationen schon vor dem Kriege hochgebracht hat“, sagte ein Kollege. Im letzten Punkt wurde gebittet, in „Sprechsaal“ wieder auszuweichen, die Wanders-Bibliothek wieder zu eröffnen, sowie auch in der nächsten Versammlung über den Mantelartikel zu sprechen. Mit dem Gelächter, weiter für den Verband zu werben und bei den kommenden Kämpfen ihre ganze Person einzusetzen, gingen die Kollegen auseinander.

Bermischtes.

Klasseninteresse und Volksgemeinschaft. Das Spiel um die Auswertung der Kriegsanleihen bietet eine lehrreiche Selbstenttäuung jener bürgerlichen Parteien, die die Schaffung einer Volksgemeinschaft immer im Munde führen. Nach der dritten Zuerkennung der Kriegsanleihen des Staates nicht verzinst und getilgt werden, solange Deutschland Reparationszahlungen leisten muß. So schwer dies die Kriegsanleihebesitzer trifft, so war dieser Standpunkt durch die schwere Lage des Reiches bedingt. Die Weniger der Kriegsanleihen erlitten den Verlust wie die Besitzer von Papiergeld oder Sparbankguthaben. Es hat aber eine wilde Propaganda für die Auswertung der Staatsanleihen eingeleitet. Die Spekulation an der Börse hat in der Hoffnung an der Auswertung, die der Bürgerhaushalt ungewisslich bringen dürfte, die Warte der bisher wertlosen Kriegsanleihen in die Höhe gebracht. Diese haben sich in kurzer Zeit verdreifacht. Die vorübergehende Bereicherung der Staatskassen gab der Auswertungsbewegung eine neue Richtung. Unter solchen Umständen hat sich die Regierung zu einer Auswertung, bezw. Verzinsung der Kriegsanleihen entschlossen und hat hierzu ein einziges richtiges Versehen gemacht. Die Kriegsanleihen sollen für hilflos bedürftige und bedürftige Selbstschicker in Lebensrenten umgewandelt werden. Die Einzelheiten können wir hier nicht bezeichnen; sicherlich wird auch die beste Lösung vielfach ungerecht ausfallen, insbesondere werden diejenigen, die selbstgezeichnete Kriegsanleihen während der Inflationszeit veräußern mußten, benachteiligt. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß der Gedanke einer sozialen Lösung, die die Verhältnisse der einzelnen Kriegsanleihebesitzer berücksichtigt und nur die Notleidenden vorzuziehen, richtig ist. Die Herren vom Bürgerhaushalt möchten aber die Richter und die Spezialisten, die die Anleihen der armen Leute zu Sparbrennen zusammenfassen, an den Hinterzahlungen des Reiches beteiligen lassen. Sie haben für die Fortführung des Dekretes der „Neuen Reichsgrundzüge“, die fast des Geistes-

punktes der Wohlfahrt angewendet werden sollen. Es wird eine Agitation gegen die „Armenrente“ geführt, als ob es beschämend wäre, wenn der Staat seinen hilflosbedürftigen Mitbürgern gegenüber seine Pflicht erfüllte. So sieht das soziale Gefühl dieser „Volksgemeinschaftler“ aus. Wenn sie auch neue Steuern für die Verzinsung der Kriegsanleihe bewilligen würden, so bleibt ihre Forderung dennoch unsozial. Die neuen Steuern auf Kapital oder Vermögen müssen der Erleichterung der Steuerlasten der Besessenen, nicht aber der Bereicherung der Vermögenden und der Spekulanten dienen.

Literarisches.

Der Neue Welt-Kalender für 1925 ist erschienen und von der Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. herausgegeben. Der Preis beträgt 60 Pf. Die Ausstattung ist künstlerisch und reichlich. Als Gratisbeilage dient ein Dreifarbenbild von Max Liebermanns „Eva“.

„Die Arbeit“, Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde, Heft 4 vom 15. Oktober 1924, ist erschienen. Sie bringt einleitend einen Artikel von Th. Leypart: „Gewerkschaften und Reichswirtschaftsrat“, in welchem der Verbleib des wirtschaftlichen Mitbestimmungsrechts der Arbeitnehmer geschildert ist und die Forderung an die Regierung gerichtet wird, nunmehr endlich den gemäß Artikel 145 der Reichsverfassung zu bildenden Reichswirtschaftsrat und die ebenfalls zu schaffenden Bezirkswirtschaftsräte ins Leben zu rufen.

Professor Lindemann schreibt über „Gewerbedifferenzierte Arbeitslosenfürsorge“, worüber auch von anderer Seite noch etwas zu sagen sein wird, da die von Lindemann gemachten Vorschläge von den Gewerkschaften nicht ohne weiteres übernommen werden können.

Lüttich tritt für Einbeziehung derjenigen Schichten in die Erwerbslosenfürsorge ein, welche, weil sie im allgemeinen mit größerer Arbeitslosigkeit zu rechnen haben, gegenwärtig noch von den Beiträgen befreit sind.

Ueber „Gewerkschaften und Berufsberatung“ schreibt Käthe Gaebele. Einen interessanten Beitrag über „Gewerkschaftliche Bildungsziele und die Akademie der Arbeit“ hat Kurtwängler geliefert.

Es folgen sodann Artikel von Wagner über „Probleme der Gemeinwirtschaft“, von Karl Schmidt über die „Gestaltung der Arbeitsgerichte“, und von Steiner über die „Beamtenbewegung“.

Einladung. Die Zahlstelle Auerbach feiert am 22. und 23. November d. J. ihr fünfjähriges Stiftungsfest. Samstag, den 22., ab 5 Uhr, findet in den Aktiensälen Festkommers, verbunden mit Ball, unter Mitwirkung des hiesigen Sportklubs und Arbeiterchöre statt. Sonntag, den 23., eigenliche Feier ab 4 Uhr „Auf der Alm“. In dieser Feier sind die umliegenden Zahlstellen, wie Girsau, Schwarzenfeld und Schwandorf freundlichst eingeladen. Für die Kolleginnen und Kollegen, welche am Abend nicht mehr verfahren können, werden Freiquartiere besorgt. Wir eruchen daher die Zahlstellenverwaltungen, uns mitzuteilen, wieviel Freiquartiere benötigt werden.

Die Zahlstellenverwaltung.
H. B. Johann Hecht, Schriftführer.

Gratulation! Herzliche Glückwünsche zur Goldenen Hochzeit am 16. November 1924 unserem lieben Kollegen Gustav Greibig und seiner lieben Frau, sowie herzliche Glückwünsche zur Silber-Hochzeit am 9. November 1924 unserem lieben Kollegen Bruno Wegler und seiner lieben Frau bringen die Kollegen und Kolleginnen der Zahlstelle Freivaldau.

Dank sage ich allen Kollegen und Kolleginnen, dem Bureau-personal der Direktion, sowie der Firma Jech, Scherzer & Co., H.-G. Rehan, für die Unterstützung, die mir anlässlich meines Feuerchadens zuteil wurde.
Paul Franz, Arbeiter, Requiritor.

Warnung! Der Kollege Paul Hunger von der Zahlstelle Goldsch ist am 17. Oktober 1924 von Grinitz, wo er arbeitete, spurlos verschwunden. Da er sich von einigen Kollegen Geld geliehen hatte, aber die Rückzahlung nicht betätigt, wird gewarnt, Hunger etwas zu bergen. Das Verbandsbuch konnte er in Grinitz nicht vorzeigen, da er anscheinend keins hat. Die Kollegenschaft ist damit gewarnt.

Die Zahlstelle Grinitz.

Geschäfts-Anzeigen.

Offertiere: Prima Bengali Zymocasschwämme, groß und mittel, das Kilo 80.— bis 150.— Goldmark; billige Zymocca, in allen Größen sortiert, das Kilo 24.— G.-Mk., kleine u. mittlere Levantiner, Glajur u. Garnierungsschwämme, d. Kilo 50.— G.-Mk., feinste größere Levantiner, das Kilo 80.— bis 150.— G.-Mk. Gchte große prima Levantiner „Elefantenhorn“, das Kilo 2.—300 G.-Mk., faustgroße, weiche prima Reef (auch f. Druckereien geeignet), das Kilo 60.— G.-Mk., Reef od. Hartheadschwämme, fort. Größen, d. Kilo 35.— G.-Mk., Wierbeschwämme, faust- bis kopfgroß, p. Std. 1.— b. 5.— G.-Mk. Zahlungsbeding. n. Vereinbarung. H. Michelsohn, Schwammgroßhandlung, Berlin C. 25, Prenzlauerstr. 42

Arbeitsmarkt.

Fassungslatten

Größere Steingutfabrik

sucht zur Einrichtung und Leitung einer Abteilung für die Fabrikation von Fassungslatten einen erfahrenen

Meister.

auch ein Lehrling

Dreher oder Gießer

von 20 bis 30 Jahren, der zur Leitung und Einrichtung einer solchen Abteilung befähigt ist, kann sich melden. Offerten mit Angabe der Gehaltsansprüche unter „207“ an die „Ameise“ erbeten.

Jüngere

tüchtiger Maler

er vertritt ist in allen vorkommenden Arbeiten, wie Malarbeiten, bündel und Staffage, feine Stempel, Farbänder und Farbklaffungen, einfache und bessere Latieren, wird von großer oberflächlicher Porzellanfabrik der besseren Geschirrbetriebe zum baldigen Eintritt gesucht. Bewerber müssen auch gute Rechner und Schreibgewandt sein und haben Aussicht auf den 2. Obermaler-Posten, wenn sie sich durch ihre sonstigen Charaktereigenschaften hierzu eignen. Wegen Wohnungsmangel werden Ledige bevorzugt.
Bewerbungen mit. Chiffre „201“ an die Redakt. d. „Ameise“.

Jünger lediger Dreher, in allen in der Dreherei vorkommenden Arbeiten perfekt, sucht Stellung. Angebote unter „157“ an die „Ameise“ erbeten.

Jünger flotter Modelleinrichter, 24 Jahre alt, ledig, in ungeklärter Stellung, sucht sich zu verändern. Briefchriften sind unter „155“ an die „Ameise“ zu richten.

Zum Schluß bringt die „Ameise“ reichhaltiges Material aus den verschiedensten Gebieten.

„Die Arbeit“ ist das wissenschaftliche Organ der Arbeiter und muß weiteste Verbreitung finden.

Adressenänderungen.

Freivaldau. Vorsitzender und Kassierer: Gustav Hoffmann, Dreher, Friedrichstr. 3.
Selb. Vorsitzender: Baptist Müller Brenner, Rosenthalstraße 7; Kassierer: für Müller Hans Nüger, Kapselbrecher, Schützenstr. 4.
Bunzlau. Kassierer: Edmund Köfler, Maler, Egerstr. 45.

Berufsanzeigen.

Berlin-Charlottenburg. Schilbermaler! Branchenversammlung am Dienstag, den 11. November, abends 5 Uhr, bei Wollschläger, Alalbertstr. 21.

† Sterbetafel †

Dresden. Emma Schüke, Sgl.-Arb., geboren am 18. 10. 1903, gestorben an Lungenleiden. Organisiert seit 1922.
— Emil Lange, Brenner, geboren am 31. 10. 1874, gestorben an Magenleiden. Organisiert seit 1906.
— Paul Naumann, Sgl.-Arb., geboren am 5. 9. 1892, gestorben an Herzschwäche. Organisiert seit 1919.

Wau. Hermann Kämpf, Dreher, geboren am 12. 3. 1857, gestorben an Herzschwäche. Organisiert seit 1918.

Schirning. Georg Müller, Dreher, geboren am 1. 1. 1869, gestorben an Lungenentzündung. Organisiert seit 1906.

Waldburg und Umgegend. Emilie Eschinger, Druckerin, geboren am 6. 9. 1872, gestorben an Herzschlag. Organisiert seit 1919. Durch den Heimgang der Kollegin Eschinger verliert die Zahlstelle eines ihrer tüchtigsten Mitglieder. Sie war stets dort zu finden, wo es galt, für die Interessen ihrer Mitarbeiterinnen einzutreten. Die Zahlstelle wird ihr ein ehrendes Andenken bewahren.

Ehre ihrem Andenken!

Ein lediger junger, fleißiger Schleifer, mit guten Zeugnissen, sucht Stellung zum sofortigen Eintritt. Angebote unter „158“ befördert die „Ameise“.

Jünger kräftiger Stauer, mit allen vorkommenden Arbeiten vertraut, sucht Stellung. Angebote erbeten unter „156“ an die „Ameise“.

Ein tüchtiger Modellabzieher und Einrichter, sowie ein Schleifer, beide mit allen Facharbeiten vertraut, suchen Stellung in der Geschirrbauindustrie. Offerten unter „154“ befördert die „Ameise“.

Gelernter Porzellanbrenner, 22 Jahre alt, ledig, in allen Arbeiten für Nieder- und Hochspannung firm, sucht Stellung. Angebote unter „159“ befördert die „Ameise“.

Einige

Gießer und Gießerinnen

für Staffageschirre finden dauernde Beschäftigung. Ledige bevorzugt. Angebote mit Angabe bisheriger Tätigkeit an (198b)
Zwidauer Porzellanfabrik
Zwidau i. Sachsen.

1 Schablonschneider

per sofort verlangt (195b)
Steingutfabriken
Velten-Vordamm
G. m. b. H.
Velten i. d. Mark

Einige perfekte, an sauberes Arbeiten gewöhnte ledige

Dreher

für Holz- und Ueberformartikel zum sofortigen Eintritt von süddeutscher Steingutfabrik gesucht. Schriftliche Angebote mit Altersangabe und möglichst Zeugnisabschriften erbeten unter „197b“ an die „Ameise“.

Gelernte

Dreher

für größere Isolatoren werden noch eingestellt. Bewerbungen mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften unter „193b“ an die „Ameise“ erbeten.

Perfekter Eindreher

ledig, für Geschirre, der sich die Formen selbst gießen kann, findet lohnende Dauerstellung in einem großen Spiegeleibetrieb. Mit Zeugnisabschriften Offerten erbeten unter „205“ an die „Ameise“.

Herausgegeben vom Verband der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen. — Red.: Edwin Henniger, Charlottenburg, Brabeitstraße, Neubau. — Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Brabeitstraße, Neubau. — Druck: C. Janiszewski, Berlin S.O., Ehlbehufstr. 28/29.

Zum sofortigen Eintritt suche ich mehrere tüchtige (200) **Porzellanmaler** Porzellanfabrik Seltmann Dohnsrauf (Oberpfalz).

Gesuchte **Porzellan-Unterglasurmaler und -malerinnen** gesucht. Offerten unter Angabe über bisherige Tätigkeit unter „202“ an die „Ameise“ erbeten.

Gesuchte **Porzellanmaler** für besseres Gebrauchsgeschirre gesucht. Angabe über bisherige Tätigkeit ist erwünscht. Offerten unter „203“ befördert die „Ameise“.

Gesuchte **Porzellanmaler** wird sofort eingestellt. (204) **Steingutfabriken** Velten-Vordamm G. m. b. H. Velten i. d. Mark.

Gesuchte **Formengießer** wird sofort eingestellt. (204) **Steingutfabriken** Velten-Vordamm G. m. b. H. Velten i. d. Mark.

Ein tüchtigen **Glasurer** welcher mit allen vorkommenden Glasurarbeiten vertraut, besonders in der Kellerglasuren perfekt ist, stellen ein **Porzellanfabrik Weihenst. (Dortfeld & Amdorf)** Weihenst. (Dortfeld & Amdorf).